

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERZEHNTE JAHR
NOVEMBER 1963

11

HERBERT KRIEDEMANN

Für eine neue Agrarpolitik

I

Die deutsche Agrarpolitik befindet sich seit einigen Monaten auf einem sehr gefährlichen Weg. Zwar haben die Wortführer der Grünen Front begriffen, daß ihre Standardforderungen, wie „kostendeckende Preise“, „Schutz der heimischen Erzeugung vor Einfuhren“ usw., jede Glaubwürdigkeit verloren haben; bei der Suche nach neuen Formeln haben sie sich aber leider nicht über ihren allzu eng begriffenen Interessenstandpunkt hinaus erhoben. Deshalb kann das Ergebnis niemanden befriedigen, dem es auf die richtige Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft ankommt. Die neue Forderung heißt, auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Differenz zwischen dem Einkommen derjenigen, die in der Landwirtschaft tätig sind und dem, das in anderen vergleichbaren Berufen verdient wird, wird zukünftig aus öffentlichen Mitteln in bar ausgezahlt. Angesichts des Eifers, mit dem an der Propagierung und der Perfektionierung dieses Systems gearbeitet wird, ist eine Stellungnahme vom Standpunkt derjenigen, welche über Preise und Steuern die Mittel für diese neue Form der Agrarsubvention aufbringen müssen, unerläßlich. Das *eindeutige Nein* zu einer solchen Agrarpolitik muß um so entschiedener sein, je mehr solche Barzahlungen als Dauereinrichtung gefordert werden, wie es seitens des Bundeslandwirtschaftsministers schon geschehen ist.

Es ist sicher ein Fortschritt, wenn mittlerweile allseits zugegeben wird, daß die bisherige Form der Subventionierung der Landwirtschaft verfehlt war. Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind aus allgemeinen Steuermitteln und aus zusätzlichen Belastungen der Verbraucher viele, viele Milliarden DM als Subventionen in die Landwirtschaft geflossen, ohne daß ihr dadurch wirksam geholfen wurde, geschweige denn, daß sie in Zukunft auf solche Hilfen verzichten könnte.¹⁾ Diejenigen, die in der Vergangenheit dieses verfehlt System immer wieder kritisiert haben und die sich damit den Zorn der politischen Sachwalter landwirtschaftlicher Interessen zugezogen haben, werden die so teuer bezahlte Einsicht als eine verspätete Rechtfertigung sicher begrüßen. Leider bedeutet das offensichtlich allerdings nicht, daß man nun gemeinsam nach einer vernünf-

1) Im Rahmen der Grünen Pläne wurden im Zeitraum von 1956 bis 1963 aus Bundesmitteln 12 Md. DM aufgewendet. Zwischen 1953 und 1962 wurden über die sog. Abschöpfung eingeführte Agrarprodukte zum Schutze der deutschen Erzeugerpreise um 3,7 Md. DM verteuert. Dazu kommen außer den Förderungen aus Landesmitteln noch die Kosten für die Marktinterventionen zur Sicherung des Erzeugerpreisniveaus durch die Einfuhr- und Vorratsstellen, ferner die Subventionen im Wege der Steuerbegünstigung, die sich in der Steuerleistung niederschlagen.

tigen Lösung der Agrarprobleme suchen wird: noch ist nämlich jenes schreckliche Wort eines der obersten Bauernführer nicht zurückgenommen worden, nach dem „die Landwirtschaft bei uns nicht von den Kommunisten, sondern von den Ökonomen bedroht“ ist. Das wird hier nicht gesagt, um alte Wunden offenzuhalten, sondern aus der Überzeugung, daß eine bessere Lösung, als es die bisherige eingestandenermaßen verfehlte Agrarpolitik war, nur gefunden werden kann, wenn man endlich auch in diesem Bereich den wirtschaftlichen Überlegungen mehr Raum und Gewicht gibt als den längst überholten Vorstellungen, nach denen die Landwirtschaft mehr ein ideeller als ein ökonomischer Begriff sein soll.

Weil die Landwirtschaft durch den Agrarprotektionismus seit rund hundert Jahren aller der Steuermechanismen beraubt ist, die in den anderen Wirtschaftsbereichen für die ständige Anpassung an den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß sorgen, kommt hier der Politik — d. h. der Handhabung der Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklungsrichtung bestimmen — mehr an Bedeutung und Verantwortung zu als in anderen Wirtschaftsbereichen. Das ist für die Politik und die Politiker höchst unbequem, zumal man sich gerade im Agrarbereich gern in den ausgefahrenen Gleisen des geringsten Widerstandes hält, d. h. bereitwilligst die Wunschvorstellungen der bäuerlichen Kreise kultiviert, anstatt durch zeitgemäße Maßnahmen, die notwendigerweise alles andere als konservativ sein müßten, die durch die Marktordnung und dergleichen ausgeschalteten wirtschaftlichen Steuerselemente zu ersetzen. Einsichtsvolle Bauern beklagen sich mit Recht darüber, daß man ihnen keine Klarheit über die zukünftige Entwicklung vermittelt, sondern sie mit immer neuen Versprechungen bei der Stange zu halten versucht. Auch *die wachsenden Schwierigkeiten im Agrarbereich der EWG und die Kennedy-Kunde* erfordern den sofortigen Übergang zu einer illusionslosen Agrarpolitik in der Bundesrepublik.

II

Angesichts der Tatsache, daß im *Gemeinsamen Markt* — anstatt die Chancen eines neuen Anfangs zu nutzen — der *Agrarprotektionismus* bereits wieder einen breiten Raum einnimmt, geht die erste Forderung dahin, die Maßnahmen und Einrichtungen, wie z. B. die Marktordnung, auf ein Maß zu beschränken, das mit dem Wirtschaftssystem zu vereinbaren ist, welches man die soziale Marktwirtschaft nennt (ein wirtschaftliches System, in dem es zu Lasten der Verbraucher mancherlei legale und illegale Beschränkung des Wettbewerbs gibt). Das ist sicher weniger, als die Marktordner aus der Schule des Reichsnährstandes für nötig halten, aber schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß vieles von dem, was früher als Begründung für die fast völlige Herausnahme der Landwirtschaft aus dem Marktgeschehen angegeben wurde, heute nicht mehr gilt. Die Behauptungen von den Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion, wie z. B. die Abhängigkeit von der Natur, die viel zitierte Unvermehrbarkeit des Produktionsmittels Boden und manches andere aus dem phantasievollen Argumentenschatz derjenigen, für die die Landwirtschaft „ein Ding an sich“ ist, stimmen dank der von anderen wirtschaftlichen Bereichen ausgegangenen technischen Entwicklung längst nicht mehr. Ebenso wenig gilt heute noch, daß das „Bauerntum“ einen besonderen gesellschaftspolitischen Wert gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen hat und deswegen besonders geschützt werden muß. Heute kann und muß der Landwirtschaft als Lebens- und als Wirtschaftsbereich getrost mehr an Freiheit und an Wettbewerb zugemutet werden, als es diejenigen wahrhaben wollen, die persönlich und politisch an der Aufrechterhaltung der alten Glaubenssätze interessiert sind.

Auch die Forderung nach neuartigen Subventionen — nicht mehr an eine Marktleistung gebunden — geht von der Behauptung aus, daß die Landwirtschaft mindestens in Industriestaaten den in ihr tätigen Menschen kein Einkommen zu bieten vermag, das

dem anderer Wirtschaftsbereiche entspricht. Dabei werden Ursache und Wirkung auf eine höchst gefährliche Weise durcheinander gebracht. Tatsächlich liegt nämlich einer solchen Behauptung nur der Wille zugrunde, die überkommene Agrarstruktur überhaupt oder zu einem möglichst großen Teil über einen möglichst langen Zeitraum zu erhalten. Eine auch nur teilweise Realisierung dieser Forderung würde so katastrophale Folgen haben, daß dadurch die Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung erschüttert würden. Man sage nicht, daß die Methode „Differenz wird in bar ausbezahlt“ dem englischen System des *deficiency payment* in etwa gleichkommt — ein System übrigens, das die englische konservative Regierung gerade abzuschaffen bemüht ist. In England werden auf diese Weise noch 4 vH der Erwerbstätigen unterstützt, in der Bundesrepublik würden es 12 vH, im EWG-Raum 25 vH sein.

III

Zum Glück ist es nicht so, daß die Landwirtschaft aus irgendwelchen Gründen dazu verurteilt ist, immer Kostgänger anderer Wirtschaftsbereiche, der Steuerzahler, der Verbraucher zu sein. Wie überall in der Welt, so auch in der Bundesrepublik, beweisen zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, daß sie durchaus in der Lage sind, den in ihnen tätigen Menschen einen vergleichbaren Lebensstandard zu bieten, der sich im übrigen ja auch nicht nur in der Höhe der baren Einnahmen ausdrückt, sondern auch in den besonderen Umständen des Berufes, die dem einen zusagen und dem anderen nicht. Seitens namhafter Vertreter der deutschen Agrarwissenschaft wurde in der Diskussion um die „Disparität“ immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die mit der landwirtschaftlichen Berufsausübung in aller Regel verbundene Freiheit der individuellen Lebensgestaltung einen Wert darstellt, für den der manchmal höhere Stundenlohn des Arbeitnehmers in abhängiger Stellung nicht immer als ausreichender Ersatz empfunden wird — sonst wäre nämlich das, was man fälschlich Landflucht nennt, längst viel umfangreicher.

Daß die Zahl solcher Betriebe gegenüber der Gesamtzahl verhältnismäßig gering ist, unterstreicht nur die Größe der Aufgabe, bedeutet aber keineswegs — wie von agrarischer Seite immer wieder behauptet —, daß diese Aufgabe nicht gelöst werden könnte, und schon gar nicht, daß sie nicht gelöst werden müßte. Allerdings — wenn in der in Gang befindlichen Diskussion um die „Differenz in bar“ heute diejenigen schon fortschrittlich erscheinen mögen, die auf diesem Wege „nur“ die 800 000 sogenannten Vollerwerbsbetriebe künstlich erhalten wollen, während andere, die nach dem bewährten politischen Rezept „ich biete mehr!“ auch die Nebenerwerbsbetriebe oder die sogenannten Zuerwerbsbetriebe in die Spendenaktion einbeziehen wollen, muß der um eine lebensfähige Landwirtschaft bemühte Agrarpolitiker darauf aufmerksam machen, daß es für 800 000 Betriebe, die aus eigener, gesamtwirtschaftlich gesehen, sinnvoller Leistung leben können, in der Wirtschaft der Bundesrepublik keinen Platz mehr gibt. Eine Agrarpolitik also, die es sich zum Ziel setzt, mittels ständiger Barzuschüsse 800 000 landwirtschaftliche Betriebe zu konservieren, ist keine neue Agrarpolitik, sondern nur die Fortsetzung eines Systems, das sich längst selbst widerlegt hat, in etwas abgeänderter Form.

Gegenüber den Tendenzen, die sich hinter solchen Plänen verbergen, muß mit aller Entschiedenheit ausgesprochen werden, daß es für den Einsatz öffentlicher Mittel im Rahmen der Agrarpolitik nur dann eine Rechtfertigung solcher Maßnahmen gegenüber den Steuerzahlern²⁾ gibt, wenn diese Aufwendungen ausschließlich einem Ziel dienen: nämlich der beschleunigten Anpassung der Agrarstruktur an die der Landwirtschaft

2) Beiträge der Landwirtschaft. a) zum Nettoinlandsprodukt 1961 (Wertschöpfung) 6,6 vH, b) zum Steueraufkommen 1961/62, aus allen Wirtschaftsbereichen, 0,8 vH.

heute und morgen gestellten wirtschaftlichen Bedingungen. Selbst mit dieser Maßgabe handelt es sich immer noch um ein Opfer der Allgemeinheit zugunsten der Landwirtschaft: Es wird nämlich das Vermögen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe konsolidiert, während die dazu erforderlichen Mittel aus finanziellen Belastungen stammen, durch welche eine unvergleichlich viel größere Zahl von Staatsbürgern daran gehindert wird, aus dem Ertrag ihrer Arbeit jemals auch nur ein vergleichbar bescheidenes Vermögen zu bilden, und nicht zuletzt aus diesem Grunde müssen alle solchen finanziellen Aufwendungen doppelt und dreifach sorgfältig überlegt werden.

IV

Es ist keineswegs unmöglich, nicht einmal schwierig, ein Bild von der Agrarstruktur zu entwickeln, wie sie sein müßte, wenn die Landwirtschaft anstelle einer Belastung, eine tragende Säule im Wirtschaftsgefüge sein soll. Man braucht sich dazu nur an den Aufgaben zu orientieren, die die Landwirtschaft in unserer Zeit und in unserer politischen Situation hat. Wenn heute anstelle klarer Vorstellungen immer nur die unverbindlichen und nichtssagenden Formeln von der „gesunden Landwirtschaft“, den „bäuerlichen Familienbetrieben“ usw. zu hören sind — Begriffe, unter denen sich jeder das vorstellt, was seiner besonderen Interessenlage oder seinem Agitationsbedürfnis entspricht —, dann deshalb, weil die heutigen Zustände, wie sie sich im Schutze des jahrzehntelangen verfehlten Agrarprotektionismus entwickelt haben, so erschreckend schlecht sind. Die Agrarstruktur, welche den Zielsetzungen einer modernen Agrarwirtschaft entsprechen würde, und wie sie sich zweifellos im Zuge der technischen und. weltwirtschaftlichen Entwicklung längst herausgebildet hätte, wenn das nicht aus den verschiedensten Gründen bewußt verhindert worden wäre, ist so anders, daß viele angesichts der Aufgabe, die der Agrarpolitik jetzt gestellt ist, vor Schreck verstummen oder sich in Gemeinplätze flüchten.

Wer aus der agrarpolitischen Sackgasse dieser Tage heraus will, ehe in ihr nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch z. B. alle die Hoffnungen ersticken, die sich an die Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* knüpfen, muß in erster Linie den Mut zu einigen nüchternen Einsichten aufbringen. Dazu gehört z. B. die Erkenntnis, daß mit der heutigen Agrarpolitik Böden in landwirtschaftlicher Nutzung gehalten werden, die wegen ihrer geringen Ertragskraft oder aus anderen Gründen den Einsatz menschlicher Arbeitskraft und den Aufwand an Kapital einfach nicht mehr rechtfertigen. Das mag in jenen Zeiten anders gewesen sein, in denen mindestens den Generalstäblern die nationale Autarkie erste Voraussetzung für ihre Art, Politik zu machen, sein mochte. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß diese Politik auf ein nationales Unglück von immer noch nicht ganz begriffener Größe hinauslief und heute fast jeder — mit Recht — das Autarkiestreben ausdrücklich ablehnt, sollte die Erkenntnis nicht schwerfallen, daß die landwirtschaftliche Nutzung solcher Böden nichts anderes als eine Fehlinvestition ist, die nicht nur viel Geld kostet und damit die ganze Wirtschaft belastet, sondern auch noch Ärger anderer Art macht, z. B. in der Handelspolitik. Außerdem werden mit dieser Preispolitik den Verbrauchern durchaus vermeidbare Lasten aufgebürdet.

Während es früher das erklärte Ziel der Agrarpolitik, aber auch eines jeden einzelnen Landwirts war, möglichst viel zu erzeugen, darf man sich heute der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß es für eine sinnvolle Agrarproduktion engere Grenzen gibt als die durch die Produktionsmöglichkeiten gezogenen. Von ganz wenigen Spezialitäten abgesehen — die zudem meistens auch noch mehr aus der Ernährungsindustrie als aus der Landwirtschaft stammen —, kann in unserem Raum nichts für den Export produziert werden. Dazu fehlen einfach im großen und ganzen die natürlichen Voraus-

Setzungen. Export von Agrarprodukten ist immer nur mit Subventionen möglich, läuft praktisch immer auf Dumping hinaus. Dieser Tatbestand findet in jeder Zeile seine Bestätigung, mit der die Notwendigkeit früher der nationalen, heute der *EWG-Marktordnungen* begründet wird — und solcher Zeilen gibt es sehr viele. Wenn aber die Produktion wegen ihrer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit mittels der Marktordnung geschützt werden muß, dann ist sie eben nur insoweit sinnvoll, wie sie auf dem für sie reservierten Markt abgesetzt werden kann.

Dabei ist aber dann noch zu bedenken, daß dieser Markt keineswegs der eigenen Erzeugung voll zur Verfügung steht — man will ja keine Autarkie. Für eine Industrialisation, von der Struktur der deutschen insbesondere, ist der Gütertausch lebenswichtig. Es muß deshalb auf dem Markt bewußt Platz gelassen und heute sogar schon bewußt Platz geschaffen werden, auch und gerade für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Man muß nämlich nicht nur die Autarkie grundsätzlich ablehnen, man muß die Agrarpolitik so einsetzen, daß man nicht sozusagen „von selber“ autark wird und darüber hinaus noch Überschüsse produziert. Wie sehr diese Gefahr schon unmittelbar vor uns steht, beweisen *Untersuchungen der EWG-Kommission*, bezogen auf das Jahr 1970.

Zu einer solchen Beschränkung zwingt im übrigen nicht nur das Interesse an der Aufrechterhaltung der industriellen Exporte, auf denen ein erheblicher Teil des Volkseinkommens und der Verbraucherkraft beruht. Ohne sie bleibt auch die Entwicklungspolitik in ihren Anfängen stecken. Ein erstes ebenso anschauliches wie dramatisches Beispiel aus diesem Bereich wird man noch in diesem Jahr vor Augen haben, wenn durch eine *EWG-Marktordnung für Fette* die Überproduktion an Butter durch die Behinderung der Einfuhr von pflanzlichen Fetten zu Lasten der Margarineverbraucher geschützt sein wird. Dabei ist die Steigerung der Butterproduktion nur das gewollte Ergebnis des Agrarprotektionismus zugunsten der Milcherzeuger und nicht etwa die Folge besonders günstiger Produktionsbedingungen. Andererseits kann nicht bestritten werden, daß in vielen *Entwicklungsländern* die Voraussetzung für die auch ernährungswirtschaftlich und gesundheitlich sehr wichtigen pflanzlichen öle und Fette besonders gut sind und daß die Steigerung dieser Produktion in jenen Gebieten — und natürlich auch der Absatzmöglichkeiten auf unseren Märkten — eine viel *solidere Form von Entwicklungshilfe* darstellt als manches einmalige Millionengeschenk.

V

Aus der Einsicht in die gesamtpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Aufgaben, die uns in dieser Zeit gestellt sind und die wir lösen müssen, wenn wir die Daseinsberechtigung unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durch Leistungen beweisen wollen, ergibt sich zwingend, daß ebenso wie viele pauschale Parolen aus anderen Bereichen auch die von „der Erhaltung der Landwirtschaft“ nur eine leere Redensart ist, wie eingängig sie immer sein mag. Natürlich gibt es auch bei uns — in der Bundesrepublik wie im EWG-Bereich — Böden, die landwirtschaftlich nicht zu nutzen eine ebenso große wirtschaftliche Sünde wäre wie es heute schon die Nutzung ungeeigneter Böden ist. Deshalb wird es immer — auch bei einer noch so ökonomisch fundierten Agrarpolitik — bei uns eine Landwirtschaft geben.

Aber es kann und wird nicht die Landwirtschaft sein, zu deren Erhaltung heute die sogenannten produktneutralen Einkommensbeihilfen und ähnliches verlangt werden. Die Landwirtschaft, die wir heute schon haben sollten und die wir morgen haben müssen,

wird eben ganz anders aussehen. In ihrem Gesamtumfang, nach der Fläche und der Art und Menge ihrer Produktion, nach der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der in ihr tätigen Menschen, wird sie sich wesentlich von dem unterscheiden, was sich uns heute als *die* Landwirtschaft darstellt.³⁾

Sicher kann man noch einige Jahre viele Milliarden — die gegenwärtigen Forderungen schwanken je nach der Bereitwilligkeit, mehr bieten zu wollen als andere Mitbewerber um die Sympathie der Bauern, zwischen 2,5 und 5 Md. DM jährlich, zusätzlich zu den jetzt schon gewährten Agrarsubventionen aller Art — für die Konservierung einer Agrarstruktur einsetzen, die heute schon nicht einmal mehr für die Masse der in der Landwirtschaft Tätigen sinnvoll und befriedigend ist. Die Umwälzung wird eines nahen Tages nur um so schmerzlicher sein. Wo man heute noch einen Entwicklungsprozeß sinnvoll gestalten kann, wird sich eine Katastrophe vollziehen, die für die unmittelbar Betroffenen um so schmerzlicher sein wird, als sich der Zorn derer, die hier sinnlose Opfer gebracht haben — und das werden dann fast 90 Prozent der Bevölkerung sein —, gegen die Bauern als Subventionsempfänger richten wird und nicht gegen die Agrar“politiker“, die für die Sinnlosigkeit dieser Opfer verantwortlich sind.

VI

Wer den Mut aufbringt, vor sich selbst und vor der breiten Öffentlichkeit das Bild einer Landwirtschaft zu entwickeln, die sinnvoll im gesamten Wirtschaftsgefüge mitwirkt, ohne laufende Subventionen auskommt, die Verbraucher nicht belastet und den in ihr tätigen Menschen ein zeitgemäßes Einkommen und die Möglichkeiten zu einer modernen Lebensführung bietet, braucht auch um die Mittel und Wege zur Realisierung seines Leitbildes nicht verlegen zu sein.

Der beste Weg, die Umstrukturierung der Landwirtschaft in Gang zu setzen, ist die *Preispolitik*. Mit ihrer Hilfe muß die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf den richtigen Umfang und an die dafür richtigen Standorte gebracht werden. Ebenfalls mit ihrer Hilfe müssen die Betriebsgrößen entstehen, die dem heutigen Stande und der voraussehbaren Entwicklung der Technik in der Landwirtschaft entsprechen. Insbesondere die Entwicklung zeitgemäßer Betriebsgrößen ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft endlich aus der Misere herausgeführt werden, in der sie sich heute befinden.

Wenn z. B. immer darüber geklagt wird, daß die Frau und Mutter in einer bäuerlichen Familie so viel schlechter gestellt ist als in anderen Bevölkerungsgruppen, so liegt das eindeutig daran, daß auf sie in der übergroßen Zahl der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Betriebe als Arbeitskraft nicht verzichtet werden kann. Vielleicht gibt es kein anschaulicheres Beispiel für die innere Unwahrhaftigkeit der Bemühungen, die gegenwärtige Agrarpolitik und die gegenwärtige Agrarstruktur zu rechtfertigen, als die Verwendung des so sympathisch klingenden Begriffes „Familienbetrieb“ für jene große Zahl von Kleinbetrieben, in denen wegen des Fehlens aller Voraussetzungen für Technisierung und Rationalisierung die Frauen gesundheitlich ruiniert werden, und aus denen die Kinder in hellen Scharen weg- und einem zeitgemäßerem Leben zueilen. Auch in Zukunft wird das Kennzeichen der deutschen wie der europäischen Landwirtschaft der bäuerliche Familienbetrieb sein. Diese Bezeichnung verdient aber nur ein Betrieb, der so zugeschnitten ist, daß in ihm ein Mann — ausgerüstet mit dem Quantum an

3) Zahl der landwirtschaftlicher Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche (1960):

0,5 —	2 ha	488 196	7,5 — 10 ha	142 958	20 — 50 ha	164 578
2 —	5 ha	385 720	10 — 15 ha	191 095	50 — 100 ha	26 051
5 —	7,5 ha	192 586	15 — 20 ha	110 398	100 und mehr ha	7 502

installierter Energie und Technik, wie es auch in anderen Berufen heute zur Erzielung einer ausreichenden Produktivität und eines entsprechenden Einkommens eingesetzt werden muß — aus eigener Leistung seine Familie ernähren kann, während sich die Frau dem Haushalt und der Familie widmet.

Von solchen Betrieben wird es in einer sinnvoll eingeordneten Landwirtschaft — auf den Raum der Bundesrepublik bezogen — kaum mehr als 350 000 bis 400 000 geben können. Diese Zahl ist unter denen, die sich ernsthaft um eine Überwindung der Agrarkrise und um eine lebensfähige Landwirtschaft bemühen, schon längst kein Geheimnis mehr. Begreiflicherweise fällt es vielen schwer, sie auszusprechen; denn wer den Mut dazu aufbringt, setzt sich den hemmungslosen Unterstellungen aus, mit denen die agrarpolitische Diskussion vergiftet ist. Angesichts der Krise aber, in welcher sich die europäische Entwicklung nicht zuletzt wegen des Festhaltens an längst überholten Vorstellungen befindet, muß dieses Risiko eingegangen werden von jedem, der sich um einen ernsthaften Beitrag bemüht. Entscheidend ist schließlich nicht der Umfang der Landwirtschaft, auch nicht die Zahl der in ihr tätigen Menschen, wenn es um die Bewertung des landwirtschaftlichen Teils der Volkswirtschaft geht. Dann kommt es nur noch auf das Ergebnis für den einzelnen und die Gesamtwirtschaft an.

Wie weit heute schon das individuelle landwirtschaftliche Einkommen auseinanderklafft zwischen den größeren Betrieben auf den besseren Böden und den Klein- und Kleinstbetrieben, die unter ungünstigen Boden- und Klimaverhältnissen arbeiten müssen, beweisen sogar die globalen Feststellungen der Grünen Berichte, mehr noch Einzeluntersuchungen, wie sie, von der Wissenschaft angestellt, in der lautstarken Tagesdiskussion aber sorgsam verschwiegen werden. Dadurch ist der Weg bis zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft schon klar aufgezeigt. Wer ihn nicht gehen will, weil er die Verminderung der landwirtschaftlichen Quantitäten zugunsten der Qualitäten ablehnt, kann allerdings nur Subventionen und noch mehr Subventionen fordern — zum brennenden Problem unserer Zeit, nämlich dem Zustandekommen einer gesunden Landwirtschaft, bietet er aber damit keinen Beitrag. Eine Landwirtschaft, die von Subventionen lebt, ist eben keine gesunde Landwirtschaft.

VII

Neben einer realistischen Preispolitik als marktwirtschaftliches Steuerungs- und Orientierungsmittel kommt dem vernünftigen Einsatz von *Krediten* und in einem gewissen Umfange auch von *Zinsverbilligungsmitteln* eine besondere Rolle zu. Hier liegen die eigentlichen finanzpolitischen Aufgaben und nicht in jener Verschwendung von Milliardenbeträgen in Form eines Einkommensausgleichs für nicht erbrachte Leistungen. Alle strukturpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den einzelnen Betrieben müssen aber sorgsam die Grenzen respektieren, die der Landwirtschaft bzw. ihrer Produktion aus den vorgenannten Gründen gezogen sind. Wenn es z. B. richtig ist, die Milchleistung je Kuh zu steigern — und die Vergleiche zwischen den Leistungen der daraufhin kontrollierten Kühe und der Durchschnittsleistungen zeigen, welche Reserven dort noch aufzuschließen sind —, dann muß parallel zu den Bemühungen um eine solche Leistungssteigerung über den Milchpreis für eine entsprechende Verminderung der Kuhzahl gesorgt werden. Die Abhängigkeit der Produktionskosten von der Größe der Bestände beweist, daß auch im Rahmen der Marktordnung der Preis zur Erzwingung einer zeitgemäßen Produktivität eingesetzt werden kann, und nur ein solcher Preis ist gegenüber den Verbrauchern zu verantworten. Der wachsende Produktionsüberschuß zwingt ganz einfach zu solcher Konsequenz, wenn nicht eine an sich sinnvolle Maßnahme — die Leistungssteigerung — in das Übel der Überproduktion und der subventionierten Exporte umschlagen soll.

An den vorerwähnten Grenzen müssen auch die *Maßnahmen zur Verbesserung der äußeren Agrarstruktur* gemessen werden. Wenn wir schon Schwierigkeiten haben, die gegenwärtige Produktion sinnvoll in den gesamten Wirtschaftskreislauf einzuordnen, und wenn diese Produktion schon unter dem Einfluß der Fortschritte in der Agrartechnik ständig wächst, muß genau überlegt werden, inwieweit noch die Erschließung zusätzlicher Produktionsmöglichkeiten vertretbar ist. Zweifellos wird heute noch Flurbereinigung unter großen finanziellen Opfern der Allgemeinheit in Gebieten betrieben, die für die landwirtschaftliche Nutzung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr geeignet sind. Ebenso muß die Siedlungspolitik, trotz der großen Tradition — und vielleicht gerade wegen dieser Tradition —, völlig neu durchdacht werden, damit die für sie aufgewendeten vielen Millionen DM in den nächsten Haushaltsjahren des Bundes und der Länder einer sinnvolleren Verwendung zugeführt werden, als es die Erstellung neuer Kleinbetriebe oder die Aufstockung von Kleinbetrieben zu ebensowenig lebensfähigen Kleinbetrieben schon seit Jahr und Tag ist.

Bei der Umorientierung der Landwirtschaft von ihren traditionellen auf ihre tatsächlichen Aufgaben muß auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß heute schon ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion außerhalb der Zufälligkeiten erfolgen kann, denen sie früher ausgeliefert war. Durch die außerordentlichen Fortschritte in der Tierzucht und der Tiergesundheit, aber auch in der Kenntnis der Futtermittelverwertung, ist heute z.B. Hühnerhaltung und die Produktion von Eiern und Geflügelfleisch unter ausgesprochen industriellen Bedingungen möglich. Das gleiche gilt von der Erzeugung des wichtigen Massennahrungsmittels Schweinefleisch. Vom Standpunkt des einzelnen kleinen Erzeugers aus gesehen, ist die neue Konkurrenz sicher höchst unbequem. Eine Massenversorgung mit diesen Veredelungsprodukten zu günstigen Preisen — d. h. zu möglichst niedrigen Preisen — ist aber nur dann möglich, wenn die heute möglichen *Rationalisierungsfaktoren* voll eingesetzt werden können. Jede Behinderung der sogenannten gewerblichen Veredelungsproduktion nur zu dem Zweck, eine möglichst große Anzahl von kleinen bäuerlichen Erzeugerbetrieben zu erhalten, muß deshalb strikt abgelehnt werden. Eine solche Politik verteuert zwangsläufig die Ernährung und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

VIII

Zu den Kennzeichen einer auf die Zukunft gerichteten Agrarpolitik gehört es also, daß in ihrem Rahmen öffentliche Mittel nur gegeben werden, um unter strenger Beachtung der oben genannten Grenzen für eine sinnvolle landwirtschaftliche Erzeugung Betriebe zu vergrößern, Betriebsumstellungen zu erleichtern und die Marktstruktur zu verbessern. Deshalb muß schnellstens die Hergabe von Mitteln — ob als Kredite oder Zinsverbilligung (sogenannte verlorene Zuschüsse sollten eine seltene Ausnahme sein) — an die *Vorlage eines Wirtschaftsplanes* gebunden werden, in dem der Nachweis erbracht wird, daß die beabsichtigte Investition nicht nur für den einzelnen Betrieb sinnvoll ist, sondern auch der Einordnung der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft dient. Wer sich solchen Bedingungen nicht unterwerfen will, hat natürlich die volle Freiheit, seine Investition privat zu finanzieren. Schließlich kann — um ein Wort des bayerischen Ministerpräsidenten zu gebrauchen — „jeder Bauer bleiben, der Bauer bleiben will“. Niemand denkt daran, irgendwen aus der Landwirtschaft vertreiben zu wollen, wenn auch östliche Propaganda und einheimische Demagogen immer wieder vom „Bauernlegen“ reden, wenn vom Strukturwandel so konkret gesprochen wird, daß die Beteiligten und Betroffenen damit etwas anfangen können. Nur: der freie Entschluß, Bauer sein und bleiben zu wollen, begründet keinen Anspruch an die Allgemeinheit und schon gar keinen Anspruch gegenüber der großen Masse der Steuerzahler und Verbraucher, die immer noch mit sich selbst genug zu tun haben.

Den konstruktiven Versuchen, zu einer wirtschaftlich sinnvollen Agrarstruktur zu kommen, wird immer wieder entgegengehalten, daß man an die Landwirtschaft eben nicht mit ökonomischen Maßstäben herangehen könne. Von der Erhaltung der Erde schlechthin bis zum Kampf gegen den Hunger in Asien und Südamerika muß alles dazu herhalten, um die Sonderstellung der Landwirtschaft zu begründen. Besonders töricht ist die immer wieder aufgestellte Behauptung, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung ein besonders wertvoller Teil der Gesellschaft sei. Es dient der Sache, um die es hier geht, nicht, wenn man sich mit solchem Gerede auseinandersetzt. Dann müßten nämlich peinliche Erinnerungen heraufbeschworen werden. Es genügt, solche Behauptungen ganz einfach zurückzuweisen. Glücklicherweise ist das Fundament, auf dem Staat und Gesellschaftsordnung heute ruhen und in Zukunft nur ruhen können, viel breiter als der landwirtschaftliche Teil. Es wäre sonst auch sehr schlecht um die Zukunft bestellt. Ebensovienig trifft es zu, daß die Landwirtschaft in unseren Gebieten einen Beitrag zur Lösung der Ernährungsprobleme in Übersee leisten kann. Dazu produziert sie viel zu teuer, und außerdem ist die Menge, die sie bei äußerster Anstrengung und bei höchsten Preisen produzieren könnte — gemessen am Welternährungsproblem — nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dort muß vielmehr im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung jener Gebiete eigene Landwirtschaft entwickelt werden. Unser Beitrag dazu besteht in Geld. Diesen Beitrag können wir aber nicht leisten, wenn wir dieses Geld hier schon für unproduktive Subventionen ausgegeben haben.

IX

Niemand kann übersehen, daß die Anpassung der Landwirtschaft an die völlig veränderten Verhältnisse viele der in ihr tätigen Menschen vor außerordentlich schwierige persönliche und wirtschaftliche Probleme stellt. Der Umstellungsprozeß kann aus eigener Kraft auch sicher nicht bewältigt werden, sondern stellt in psychologischer und materieller Hinsicht auch erhebliche Ansprüche an die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung und die anderen Wirtschaftsbereiche. Nicht zuletzt um diese auf ihren Anteil an der Lösung des Agrarproblems nachdrücklich aufmerksam zu machen, ist es erforderlich, es so konkret und ungeschminkt darzustellen wie es nun einmal ist. Mit der Verschleierung der Notwendigkeiten ist am allerwenigsten denen gedient, die man zu schonen vermeint, wenn man ihnen nicht die Wahrheit oder nur die halbe Wahrheit zu sagen pflegt.

Zur Bewältigung des Anpassungsprozesses sind viele Maßnahmen erforderlich. Die Gebiete, in denen eine sinnvolle landwirtschaftliche Betätigung nicht mehr möglich ist, müssen für andere Zwecke aufgeschlossen werden. Denen, die für eine neue Berufswahl zu alt sind, muß mit geeigneten sozialpolitischen Mitteln geholfen werden. Wenn hier auf die Einzelheiten solcher Maßnahmen nicht näher eingegangen wird, dann vor allem deshalb, um nachdrücklich zu unterstreichen, daß sie nicht in den Bereich der Agrarpolitik gehören. Die vielfältigen Versuche, Sozialpolitik zugunsten der Landwirtschaft über die Agrarpolitik zu betreiben, dürfen nicht länger fortgesetzt werden. Vor allem die Forderung nach höheren Preisen, wie sie immer wieder mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die soziale Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung erhoben wird, kann von den Verbrauchern niemals akzeptiert werden. Weder die Sozialpolitik noch die Regionalpolitik zugunsten der Landwirtschaft dürfen über die Lebensmittelpreise finanziert werden.

Trotz allem Konservatismus ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft schon in Gang gekommen. Die Zahl der Kleinbetriebe nimmt ab. Viele, die auf einem Bauernhof geboren wurden, fühlen sich heute schon wohlversorgt in einer sozial geordneten industriellen Arbeitswelt, die ihnen nicht nur materiell mehr bietet, sondern in der auch ihre *Menschenwürde* gesichert ist. Selbst die noch zur Mitarbeit gezwungene Frau eines

HERBERT KRIEDEMANN

Industriearbeiters hat schließlich ihren gesetzlichen Urlaubsanspruch. Wenn es dabei vielfach zu Spannungen gekommen ist, dann deshalb, weil dieser Prozeß mehr beklagt als begrüßt wurde.

Es ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden, wieviel davon abhängt, ob wir uns zu einer neuen Agrarpolitik durchringen werden oder nicht. Die deutsche Wirtschaft muß größere Anstrengungen machen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Arbeitsplätze und die Massenkaufkraft sichern zu können — die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß zum größeren Europa weiterentwickelt werden, um ihren Anteil an den wirtschaftlichen Aufgaben der freien Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, leisten zu können. Das eine und das andere kann nur bewältigt werden, wenn die Wirtschaftskraft von dem Ballast befreit wird, den ihr die konservative Agrarpolitik — an längst überholten Zielen orientiert — aufgeladen hat. *Eine neue Agrarpolitik, an den Aufgaben von heute und morgen orientiert, gehört zu den dringenden Notwendigkeiten unserer Tage.*